

GROSSER RAT

Dezembersession 2022

Auftrag Kocher betreffend Beschleunigung der Ortsplanungsrevisionen

Am 1. Mai 2014 trat das von der Schweizer Stimmbevölkerung mit grosser Mehrheit im Jahr 2013 beschlossene, revidierte Raumplanungsgesetz des Bundes (RPG) in Kraft. Gemäss Art. 15 Abs. 2 dieses Gesetzes sind überdimensionierte Bauzonen zu reduzieren, um die Zersiedelung der Landschaft zu stoppen. Eine Aufgabe, die im Kanton Graubünden in enger Zusammenarbeit mit den Regionen und den Gemeinden erledigt werden muss.

Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe sowohl für die Planungsbehörden auf kommunaler als auch auf kantonaler Ebene. Im Rahmen einer Ortsplanungsrevision unterbreiten die Gemeinden zuerst die Entwürfe der genehmigungspflichtigen Pläne und die weiteren Unterlagen der kantonalen Fachstelle zur Vorprüfung (Art. 12 Abs. 1 KRVO). Diese Vorprüfung darf gemäss Verordnung bei einer Totalrevision 6 Monate und bei einer Teilrevision 2 Monate (Art. 12 Abs. 2 KRVO) dauern. Nach Abschluss des Vorprüfungsverfahrens folgt die Mitwirkungsaufgabe auf Ebene der Gemeinden (Art. 13 Abs. 1 KRVO). Anschliessend erfolgen die Volksabstimmung und schliesslich die Genehmigung durch die Regierung. Rechtsmittel können zu weiteren erheblichen Verzögerungen führen. Gegenwärtig stecken sehr viele Gemeinden in einer Teil- oder Totalrevision.

Die Arbeit, die mit dieser Revision (RPG 1) auf die verschiedenen kantonalen Fachstellen, die Planungsbüros, die Gemeinden und weitere betroffene Stellen zugekommen ist, ist gross. Sie dürfte noch zunehmen. Dies schon deshalb, weil bald die Umsetzung der zweiten Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes (RPG 2, Bauen ausserhalb der Bauzone) ansteht.

Viele Gemeinden warten derzeit auf den Vorprüfungsbericht des Kantons. Die Verfahrensdauer beträgt häufig weit über 2 beziehungsweise 6 Monate. Andere Gemeinden warten teilweise über ein Jahr auf die abschliessende Genehmigung durch die Regierung. Diese langen Wartezeiten blockieren wichtige Entwicklungen und Veränderungen. Die Gemeinden können nicht mehr innert nützlicher Frist auf aktuelle Anforderungen reagieren. Die Standortqualität sinkt für Einheimische und Gäste, für Unternehmen und Private. Das kann sich Graubünden nicht leisten.

Die aktuellen Bearbeitungsdauern müssen zwingend verkürzt werden. Die gesetzlichen Vorgaben (2 beziehungsweise 6 Monate) und die Notwendigkeit, die Genehmigungen zügig zu bearbeiten, sind ernst zu nehmen und einzuhalten. Dazu sind Vereinfachungen und Straffungen der Verfahren, Fristen auch für interne Abläufe zu prüfen, ebenso wie eine zeitlich limitierte Aufstockung des Personals, Fristen für Eingaben oder die Teilumsetzung prioritärer Planungsmassnahmen.

Definitiv keine Lösung ist es, die Totalrevisionen gegenüber den Teilrevisionen prioritär zu behandeln. Damit werden entscheidende Projekte in den Gemeinden wie z. B. Wohnungen für Erstwohnende oder die Schaffung von Flächen für das Gewerbe verunmöglicht. Wenn wir die nächsten Jahre raumplanerisch mit Warten verbringen, statt uns den Anforderungen der Zukunft zu stellen, wird Graubünden zu den Verlierern zählen.

Die Unterzeichnenden beauftragen die Regierung, dem Grossen Rat konkrete Vorschläge für die Behebung dieser Mängel zu unterbreiten, mit dem Ziel, die Verfahren zu beschleunigen, damit der Kanton und die Gemeinden handlungsfähig sind und bleiben.

Chur, 7. Dezember 2022

Kocher, Wilhelm, Gort, Adank, Altmann, Atanes, Bardill, Bergamin, Berweger, Bettinaglio, Biert, Brandenburger, Bundi, Cahenzli (Trin Mulin), Cahenzli-Philipp (Untervaz), Candrian, Casutt, Censi, Claus, Collenberg, Cortesi, Danuser (Chur), Degiacomi, Della Cà, Favre Accola, Föhn, Furger, Gansner, Grass, Gredig, Hartmann, Hefti, Hohl, Holzinger-Loretz, Jochum, Kasper, Kienz, Krättli, Kuoni, Lehner, Loi, Luzio, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Michael (Castasegna), Mittner, Morf, Natter, Nicolay, Oesch, Pfäffli, Preisig, Rageth, Rauch, Rettich, Rodigari, Roffler, Rüegg, Rusch Nigg, Rutishauser, Salis, Saratz, Cazin, Schutz, Sgier, Stiffler, Stocker, Thür-Suter, von Ballmoos, Walther, Weber, Wieland, Zindel



Sitzung vom

13. Februar 2023

Mitgeteilt den

16. Februar 2023

Protokoll Nr.

104/2023

Auftrag Kocher

betreffend Beschleunigung der Ortsplanungsrevisionen

Antwort der Regierung

Wie im Auftrag zutreffend festgestellt wird, fordert die Komplexität der planerischen Umsetzung und der bundesrechtlichen Vorgaben alle am Planungsprozess beteiligten Parteien in erhöhtem Mass. Dies zeigt sich insbesondere daran, dass eine Vielzahl der Gemeinden die im Kantonalen Richtplan festgesetzte Frist zur Umsetzung der ersten Etappe der Revision des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG 1) voraussichtlich nicht werden einhalten können. Die Dauer der Verfahren zur kantonalen Vorprüfung resp. Genehmigung von Nutzungsplanungen hängt von verschiedenen Faktoren ab (vgl. Antwort der Regierung auf Anfrage Gort vom 17. Oktober 2022; Protokoll Nr. 800/2022). Zunächst ist zu vergegenwärtigen, dass der Kanton an die allgemeinen und spezialgesetzlichen Verfahrensbestimmungen gebunden ist. Da den Verfahrensbeteiligten das rechtliche Gehör zu gewähren ist und oft lange Schriftenwechsel erfolgen (die vom Kanton nicht beeinflusst werden), verlängert sich das Genehmigungsverfahren entsprechend. Dieser Umstand kommt insbesondere deshalb zum Tragen, weil gegen OP-Gesamtrevisionen, in denen Auszonungen beschlossen werden, regelmässig zahlreiche Planungsbeschwerden erhoben werden. Weiter ergibt sich der von der Genehmigungsbehörde anzuwendende Prüfungsmassstab aus den rechtlichen Vorgaben (vgl. Art. 26 des Bundesgesetzes über die Raumplanung, RPG; SR 700): Ortsplanungen müssen mit den – durch RPG 1 erweiterten – Vorgaben des RPG, des funktionalen Raumplanungsrechts sowie des Raumplanungsgesetzes für den Kanton Graubünden (KRG; BR 801.100) übereinstimmen. Bereits im Rahmen der Vorprüfung ist eine entsprechende Prüfung der Genehmigungsfähigkeit durchzuführen. Eine gestaffelte Genehmigung von Teilen einer Ortsplanung (i.S.v. Art. 49 Abs. 4 KRG) ist schliesslich nur dann zulässig, wenn keine präjudizierenden Auswirkungen auf das weitere Genehmigungsverfahren zu erwarten sind und der Grundsatz der gesamtheitlichen Prüfung nicht verletzt wird; davon kann bei Gesamtrevisionen aufgrund von RPG 1 regelmässig nicht ausgegangen werden. Angesichts dieser gesetzlichen Vorgaben ist eine Vereinfachung und Straffung der

Verfahren nur eingeschränkt möglich. Seit Erlass des Kantonalen Richtplans Siedlung und der Revision des KRG im Jahr 2018 wurden allerdings verschiedene Werkzeuge und Arbeitshilfen seitens des Kantons erarbeitet, um die rechtlichen Rahmbedingungen aufzuzeigen und den Gemeinden dadurch die Planung zu erleichtern. Das Amt für Raumentwicklung (ARE) entwickelt laufend Standardisierungen und Automatisierungen und setzt diese um, beispielsweise in Form von automatisierten Prüfungen digitaler Daten sowie von Mustertexten. Allerdings muss die Rechtskonformität der vorgelegten Planung (insbesondere hinsichtlich der neuen Vorgaben von RPG 1 betreffend Dimensionierung, Mobilisierung und Verdichtung der Bauzonen) von der Gemeinde hinreichend begründet werden, damit überhaupt eine Prüfung vorgenommen werden kann. Soweit die Planungsunterlagen nicht in der erforderlichen Begründungstiefe vorgelegt werden, sind zusätzliche, oftmals zeitintensive Abklärungen sowie Anhörungen der Gemeinden erforderlich. Die Dauer des Verfahrens hängt somit direkt von der Qualität der Planung ab. Der Kanton ist somit nicht die massgebende Schnittstelle bei der Frage nach möglichen verfahrensbeschleunigenden Massnahmen. Damit soll jedoch nicht in Abrede gestellt werden, dass die derzeitige "Planungswelle" auch die zuständigen kantonalen Stellen an ihre personellen Kapazitätsgrenzen geführt hat. Es ist zudem davon auszugehen, dass in den kommenden Jahren die Belastung weiter zunimmt. Dies insbesondere aufgrund der zusätzlichen Aufgaben im Zusammenhang mit hochalpinen Freiflächenanlagen (Solarexpress) sowie aufgrund allfälliger zusätzlicher Arbeiten im Zusammenhang mit der anstehenden zweiten Etappe der Revision des RPG betreffend Bauen ausserhalb der Bauzonen (RPG 2). Vor diesem Hintergrund prüft das ARE über den ordentlichen Stellenschaffungsprozess personelle Aufstockungen im Rahmen der Budgetvorgaben. Die Erhöhungen werden in der Dezembersession im Rahmen des Budgets 2024 vorgelegt. Zu bemerken bleibt, dass sich der Stellenmarkt schwierig zeigt und zudem für Neuangestellte mit einer einjährigen Einarbeitungszeit zu rechnen ist. Somit sind die möglichen Massnahmen auf Kantonsebene bereits in Umsetzung und werden Ende 2023 dem Grossen Rat vorgelegt. Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag zu überweisen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Peter Peyer

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

CUSSEGL GROND

Sessiun da december 2022

Incumbensa Kocher concernent l'acceleraziun da las revisiuns da las planisaziuns localas

Il 1. da matg 2014 è entrada en vigur la revisiun da la Lescha federala davart la planisaziun dal territori (LPT) ch'era vegnida concludida l'onn 2013 cun gronda maioritad da las votantas e dals votants svizzers. Tenor l'art. 15 al. 2 da questa lescha ston zonas da construcziun surdimensionadas vegnir reducidas per franar la destructureziun da la cuntrada. Ina incumbensa che sto vegnir liquidada en il chantun Grischun en stretga collavuraziun cun las regiuns e cun las vischnancas.

Quai è ina incumbensa pretensiusa tant per las autoritads da planisaziun sin plaun communal sco er per quellas sin plaun chantunal. En il rom da la revisiun da la planisaziun locala suttamettan las vischnancas l'emprim ils sbozs dals plans che dovan ina permissiun ed ulteriurs documents al post spezialisà chantunal per laschar far l'examinaziun preliminar (art. 12 al. 1 OPTGR). Tenor l'ordinaziun dastga l'examinaziun preliminar durar en cas d'ina revisiun totala 6 mais ed en cas d'ina revisiun parziala 2 mais (art. 12 al. 3 OPTGR). Suentar la finiziun da la procedura d'examinaziun preliminar suonda l'exposiziun da cooperaziun sin plaun da las vischnancas (art. 13 al. 1 OPTGR). Silsuentar han lieu la votaziun dal pievel e la finala l'approvaziun tras la Regenza. Meds legals pon chaschunar ulteriurs retards considerabels. Actualmain èn fitg bleras vischnancas vidlonder da far ina revisiun parziala u ina revisiun totala.

La lavur ch'è resultada tras questa revisiun (LPT 1) per ils differents posts spezialisads chantunals, per ils biros da planisaziun, per las vischnancas e per ils ulteriurs posts pertutgads, è gronda. Ella dastgass anc s'augmentar. Quai gia perquai che bainbaud cumenza la realisaziun da la segunda etappa da la revisiun parziala da la Lescha federala davart la planisaziun dal territori (LPT 2, Construir ordaifer la zona da construcziun).

Bleras vischnancas spetgan actualmain il rapport da l'examinaziun preliminar dal chantun. La procedura dura savens bler pli ditg che 2 respectivamain 6 mais. Autras vischnancas spetgan per part passa 1 onn sin l'approvaziun definitiva tras la Regenza. Ils lungs temps da spetga blocheschan svilups impurtants e midadas impurtantas. Las vischnancas na pon betg pli reagir a temp util sin las pretensiuns actualas. La qualitat dal lieu sa reducescha per persunas indigenas e per giasts, per interpresas e per persunas privatas. Quai na po il Grischun betg sa prestar.

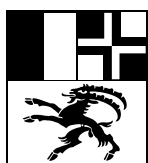
Las duradas d'elavuraziun actualas ston stringentamain vegnir reducidas. Las prescripziuns legalas (2 respectivamain 6 mais) e la necessitad d'elavurar svelt las approvaziuns ston vegnir prendidas serius e ston vegnir observadas. Per quest intent stoi vegnir examinà da simplifitgar e da concentrar las proceduras, da fixar termins er per ils process interns, sco er d'augmentar temporarmain il personal, da fixar termins per las inoltraziuns u da realisar parzialmain las mesiras da planisaziun prioritarias.

Definitivamain nagina soluziun n'è quella da tractar cun prioritad las revisiuns totalas visavi las revisiuns parzialas. Uschia vegnan impedids projects decisivs en las vischnancas, sco p.ex. emprimas abitaziuns u surfatschas per la mastergnanza. Sche nus passentain ils proxims onns cun spetgar sin las planisaziuns localas, empè da far frunt a las pretensiuns da l'avegnir, vegn il Grischun a perder impurtanza.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders incumbenseschan la Regenza da suttametter al Cussegl grond propostas concretas per eliminar questas mancanzas, quai cun la finamira d'accelerar las proceduras per ch'il chantun e las vischnancas sajan e restian abels d'agir.

Cuira, ils 7 da december 2022

Kocher, Wilhelm, Gort, Adank, Altmann, Atanes, Bardill, Bergamin, Berweger, Bettinaglio, Biert, Brandenburger, Bundi, Cahenzli (Trin Mulin), Cahenzli-Philipp (Vaz Sut), Candrian, Casutt, Censi, Claus, Collenberg, Cortesi, Danuser (Cuira), Degiacomi, Della Cà, Favre Accola, Föhn, Furger, Gansner, Grass, Gredig, Hartmann, Hefti, Hohl, Holzinger-Loretz, Jochum, Kasper, Kienz, Krättli, Kuoni, Lehner, Loi, Luzio, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Michael (Castasegna), Mittner, Morf, Natter, Nicolay, Oesch, Pfäffli, Preisig, Rageth, Rauch, Rettich, Rodigari, Roffler, Rüegg, Rusch Nigg, Rutishauser, Salis, Saratz Cazin, Schutz, Sgier, Stiffler, Stocker, Thür-Suter, von Ballmoos, Walther, Weber, Wieland, Zindel



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

13 da favrer 2023

16 da favrer 2023

104/2023

Incumbensa Kocher

concernent l'acceleraziun da las revisiuns da las planisaziuns localas

Resposta da la Regenza

Sco ch'i vegn constatà correctamain en l'incumbensa, pretenda la cumplexitad per realisar ils plans e las prescripziuns dal dretg federal blier da tut las partidas participadas al process da planisaziun. Quai sa mussa en spezial en il fatg, ch'in grond dumber da vischnancas na vegn probablmain betg a pudair observar il termin ch'è fixà en il Plan directiv chantunal per la realisaziun da l'emprima etappa da la revisiun da la Lescha federala davart la planisaziun dal territori (LPT 1). La durada da las proceduras per l'examinaziun preliminar chantunala resp. per l'approvaziun da las planisaziuns d'utilisaziun dependa da differents facturs (cf. resposta da la Regenza a la dumonda Gort dals 17 d'october 2022; protocol nr. 800/2022). L'emprim ston ins sa render conscient, ch'il chantun è lià a las disposiziuns da procedura generalas e da dretg spezial. Perquai ch'i sto vegnir concedì l'attenziun giuridica a las partidas partecipadas a la procedura e perquai ch'i suondan lura savens lungas correspundenzas (che na veggian betg influenzadas dal chantun), sa prolunghescha la procedura d'approvaziun correspudentamain. Questa circumstanza sa mussa cunzunt, perquai ch'i veggian inoltrads regularmain numerus recurs cunter las revisiuns totalas da las planisaziuns localas, nua ch'i veggian concludidas dezonaziuns. Plinavant resorta la norma d'examinaziun che l'autorità d'approvaziun sto applitgar, da las prescripziuns legalas (cf. art. 26 da la Lescha davart la planisaziun dal territori, LTP; CS 700). Las planisaziuns localas ston corresponder a las prescripziuns da la LTP ch'èn vegnidas extendidas tras la LPT 1, al dretg da la planisaziun dal territori funcziunal sco er a la Lescha davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (LPTGR; DG 801.100). Gia en il rom da l'examinaziun preliminar sto vegnir fatga in'examinaziun correspudenta da l'approvabladad. In'approvaziun en etappas da parts d'ina planisaziun locala (en il senn da l'art. 49 al. 4 LPTGR) è la finala admissibla mo, sch'i na sa laschan spetgar naginas consequenzas pregiuditgantas per l'ulteriura procedura d'approvaziun e sch'il princip da l'examinaziun cumplexiva na vegn betg violà. En cas da revisiuns totalas pervia da la LPT 1 na po quai regularmain betg vegnir presumà. En vista a questas prescripziuns legalas èsi pussaivel mo limitadamain da

simplifitgar e da scursanir las proceduras. Dapi il relasch dal Plan directiv chantunal Abitadi e dapi la revisiun da la LPTGR l'onn 2018 ha il chantun tuttina elavurà differents instruments ed agids da lavur per mussar las cundiziuns generalas giuridicas e per facilitar uschia la planisaziun a las vischnancas. L'Uffizi per il svilup dal territori (UST) sviluppa e realisescha cuntinuadamain standardisaziuns ed automatisaziuns, per exempel en furma d'examinaziuns automatisadas da las datas digitalas sco er dals texts da model. La vischnanca sto però motivar sufficientamain la confurmitad legala da la planisaziun ch'ella ha preschentà (particularmain areguard las novas prescripziuns da la LPT 1 concernent dimensiunar, mobilisar e densifitgar las zonas da construcziun), quai per ch'ina examinaziun possia insumma vegnir fatga. Sch'ils documents da planisaziun na vegnan betg inoltrads cun la motivaziun necessaria, dovri savens scleriments intensivs e lungas audiziuns da las vischnancas. La durada da la procedura dependa pia directamain da la qualitat da la planisaziun. Il chantun n'è pia betg il punct da contact decisiv en connex cun la dumonda pertutgant eventualas mesiras per accelerar la procedura. Quai na duai dentant betg snegar il fatg, che l'actuala «unda da planisaziun» ha purtà er il persunal dals posts chantunals cumpetents al cunfin da sias capacitads. Plinavant èsi da far quint che la chargia vegnia a s'augmentar vinavant ils proxims onns. Quai en spezial pervia da las incumbensas supplementaras en connex cun ils implants autalpins sin surfatschas libras (Solarexpress) sco er pervia d'eventualas lavurs supplementaras en connex cun la segunda etapa prevista da la revisiun da la LPT concernent construir ordaifer las zonas da construcziun (LPT 2). Sut quest aspect examinescha il UST d'augmentar ses persunal – ulteriuramain al process ordinari d'acquisiziun da plazzas – en il rom da las prescripziuns dal preventiv. Ils augments da persunal vegnan suttamess al Cussegl grond durant la sessiun da december en il rom da la debatta davart il preventiv 2024. Da remartgar èsi er, ch'il martgà da plazzas è difficil e ch'ins sto far quint cun in temp d'introducziun dad 1 onn per novas emploiadas e novs emploiads. Las mesiras ch'èn pussaivlas sin plaun chantunal vegnan uschia gia realisadas e vegnan suttamessas la fin da l'onn 2023 al Cussegl grond. Sa basond sin quests fatgs propona la Regenza al Cussegl grond d'acceptar questa incumbensa e da la stritgar sco liquidada.



En num da la Regenza

Il president:

Peter Peyer

Il cancellier:

Daniel Spadin

GRAN CONSIGLIO

Sessione di dicembre 2022

Incarico Kocher concernente l'accelerazione delle revisioni delle pianificazioni locali

Il 1° maggio 2014 è entrata in vigore la legge federale sulla pianificazione del territorio (LPT) sottoposta a revisione e approvata a grande maggioranza dal Popolo svizzero nel 2013. Conformemente all'art. 15 cpv. 2 di tale legge le zone edificabili sovradimensionate devono essere ridotte al fine di porre freno all'insediamento sparso del paesaggio. Questo è un compito che nel Cantone dei Grigioni deve essere adempito in stretta collaborazione con le regioni e i comuni.

Si tratta di un compito impegnativo per le autorità di pianificazione, sia a livello comunale sia a livello cantonale. Nel quadro di una revisione della pianificazione locale i comuni sottopongono dapprima al servizio specializzato cantonale, per l'esame preliminare, bozze di piani soggetti ad approvazione, unitamente all'ulteriore documentazione (art. 12 cpv. 1 OPTC). Conformemente all'ordinanza questo esame preliminare può durare sei mesi nel caso di una revisione totale e due mesi nel caso di una revisione parziale (art. 12 cpv. 2 OPTC). Una volta conclusa la procedura d'esame preliminare segue l'esposizione di partecipazione a livello comunale (art. 13 cpv. 1 OPTC). In seguito si procede alla votazione popolare e infine all'approvazione da parte del Governo. I rimedi giuridici possono portare a ulteriori ritardi importanti. Attualmente molti comuni si stanno occupando di una revisione parziale o totale.

La mole di lavoro che questa revisione (LPT 1) ha comportato per i diversi servizi cantonali specializzati, gli uffici di pianificazione, i comuni e gli altri servizi interessati è notevole. Essa potrebbe aumentare ulteriormente. Questo perché l'attuazione della seconda tappa della revisione parziale della legge sulla pianificazione del territorio (LPT 2, costruzioni al di fuori delle zone edificabili) è imminente.

Attualmente molti comuni sono in attesa del rapporto relativo all'esame preliminare del Cantone. La procedura richiede spesso molto più di due o di sei mesi. Altri comuni aspettano a volte oltre un anno l'approvazione finale da parte del Governo. Questi lunghi tempi di attesa bloccano sviluppi e adeguamenti importanti. I comuni non sono più in grado di reagire in tempo utile a richieste attuali. La qualità dell'ubicazione diminuisce per la popolazione residente e gli ospiti, nonché per le aziende e i privati. I Grigioni non possono permetterselo.

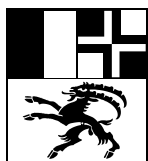
Gli attuali tempi di evasione devono essere assolutamente ridotti. Le direttive legislative (due, rispettivamente sei mesi) e l'urgenza di elaborare rapidamente le approvazioni devono essere prese sul serio e rispettate. A questo scopo occorre esaminare semplificazioni e snellimenti delle procedure, scadenze anche per processi interni così come un aumento limitato nel tempo di personale, scadenze per istanze o l'attuazione parziale di misure di pianificazione prioritarie.

Non è assolutamente una soluzione attribuire la priorità alle revisioni totali rispetto alle revisioni parziali. Ciò rende impossibile la realizzazione di progetti decisivi nei comuni, ad esempio la costruzione di abitazioni primarie o la creazione di superfici a scopi commerciali. Se passeremo i prossimi anni in attesa per quanto riguarda le questioni di pianificazione del territorio invece di adeguarci alle esigenze del futuro, i Grigioni rientreranno tra i perdenti.

Le firmatarie e i firmatari incaricano il Governo di sottoporre al Gran Consiglio proposte concrete per l'eliminazione di queste lacune con l'obiettivo di accelerare le procedure, affinché il Cantone e i comuni siano e rimangano in grado di agire.

Coira, 7 dicembre 2022

Kocher, Wilhelm, Gort, Adank, Altmann, Atanes, Bardill, Bergamin, Berweger, Bettinaglio, Biert, Brandenburger, Bundi, Cahenzli (Trin Mulin), Cahenzli-Philipp (Untervaz), Candrian, Casutt, Censi, Claus, Collenberg, Cortesi, Danuser (Coira), Degiacomi, Della Cà, Favre Accola, Föhn, Furger, Gansner, Grass, Gredig, Hartmann, Hefti, Hohl, Holzinger-Loretz, Jochum, Kasper, Kienz, Krättli, Kuoni, Lehner, Loi, Luzio, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Michael (Castasegna), Mittner, Morf, Natter, Nicolay, Oesch, Pfäffli, Preisig, Rageth, Rauch, Rettich, Rodigari, Roffler, Rüegg, Rusch Nigg, Rutishauser, Salis, Saratz Cazin, Schutz, Sgier, Stiffler, Stocker, Thür-Suter, von Ballmoos, Walther, Weber, Wieland, Zindel



Seduta del

13 febbraio 2023

Comunicato il

16 febbraio 2023

Protocollo n.

104/2023

Incarico Kocher

concernente l'accelerazione delle revisioni delle pianificazioni locali

Risposta del Governo

Come giustamente affermato nell'incarico, la complessità dell'attuazione della pianificazione e delle direttive di diritto federale mettono maggiormente alla prova tutte le parti coinvolte nel processo di pianificazione. Ciò è particolarmente evidente nel fatto che un numero elevato di comuni non sarà presumibilmente in grado di rispettare il termine per l'attuazione della prima tappa della revisione della legge federale sulla pianificazione del territorio (LPT 1) stabilito nel Piano direttore cantonale. La durata delle procedure di esame preliminare da parte del Cantone o di approvazione di pianificazioni delle utilizzazioni dipende da diversi fattori (cfr. risposta del Governo del 17 ottobre 2022 all'interpellanza Gort; protocollo n. 800/2022). Innanzitutto facciamo presente che il Cantone è vincolato alle disposizioni procedurali generali e previste da leggi speciali. Poiché ai partecipanti alla procedura deve essere concesso il diritto di essere sentiti e poiché spesso ha luogo una lunga corrispondenza (fattori che non possono essere influenzati dal Cantone), la procedura di approvazione si protrae di conseguenza. Queste circostanze assumono particolare importanza perché contro le revisioni totali della pianificazione locale nelle quali vengono decisi dezonamenti vengono presentati regolarmente numerosi ricorsi di pianificazione. Inoltre il parametro di riferimento in materia d'esame che l'autorità di approvazione deve applicare risulta dalle direttive giuridiche (cfr. art. 26 della legge federale sulla pianificazione del territorio, LPT; RS 700): le pianificazioni locali devono essere conformi alle direttive della LPT, del diritto funzionale in materia di pianificazione del territorio nonché della legge sulla pianificazione territoriale del Cantone dei Grigioni (LPTC; CSC 801.100); tali direttive sono state ampliate con la LPT 1. Occorre procedere a un esame corrispondente della possibilità di approvazione già nel quadro dell'esame preliminare. Infine un'approvazione a tappe di parti di una pianificazione locale (ai sensi dell'art. 49 cpv. 4 LPTC) è ammessa solo se non si prevedono pregiudizi per l'ulteriore procedura di approvazione e se non viene violato il principio dell'esame complessivo; non si può partire regolarmente da tale presupposto nel caso di revisioni totali sulla base della LPT 1. Viste queste direttive giuridiche, una semplificazione e uno snellimento delle

procedure sono possibili solo in misura limitata. Tuttavia dall'emanazione del Piano direttore cantonale insediamento e della revisione della LPTC nel 2018 sono stati creati diversi strumenti e ausili da parte del Cantone al fine di illustrare le condizioni quadro giuridiche e facilitare così la pianificazione da parte dei comuni. L'Ufficio per lo sviluppo del territorio dei Grigioni (UST-GR) sviluppa e implementa costantemente processi standardizzati e automatizzati, ad esempio sotto forma di esami automatizzati di dati digitali nonché di modelli di testo. Tuttavia la conformità al diritto della pianificazione presentata (in particolare per quanto riguarda le nuove direttive della LPT 1 concernenti dimensionamento, sfruttamento e densificazione delle zone edificabili) deve essere sufficientemente motivata dal comune affinché si possa effettivamente procedere a un esame. Se la documentazione di pianificazione non viene presentata in maniera sufficientemente motivata, occorre procedere ad accertamenti spesso lunghi nonché ad audizioni dei comuni. La durata della procedura dipende quindi direttamente dalla qualità della pianificazione. Il Cantone non è dunque il punto di riferimento determinante nella questione riguardante le misure possibili per accelerare le procedure. Tuttavia con ciò non si intende mettere in discussione il fatto che l'attuale "ondata di pianificazioni" abbia spinto anche i servizi cantonali competenti ai propri limiti in termini di personale. Si può anche presumere che nei prossimi anni l'onere aumenterà ulteriormente. Ciò è dovuto in particolare ai compiti supplementari in relazione agli impianti su superfici libere in alta montagna (offensiva nel settore dell'energia solare) nonché agli eventuali lavori aggiuntivi in relazione all'imminente seconda tappa della revisione della LPT concernente le costruzioni fuori dalle zone edificabili (LPT 2). Date queste premesse l'UST-GR sta esaminando il reclutamento di maggiore personale attraverso la procedura di creazione di posti di lavoro ordinaria e nei limiti concessi dal preventivo. Gli aumenti di personale saranno presentati durante la sessione di dicembre nel quadro del preventivo 2024. Occorre continuare a tenere presente che la situazione del mercato degli impieghi è difficile e che per i nuovi impiegati è prevista un'introduzione al lavoro della durata di un anno. Pertanto le possibili misure a livello cantonale sono già in fase di attuazione e saranno presentate al Gran Consiglio a fine 2023. In base a quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di accogliere il presente incarico.



In nome del Governo

Il Presidente:

Peter Peyer

Il Cancelliere:

Daniel Spadin